

9. Juli 2018

Pressemitteilung

Einstimmig gefasste EntschlieÙung der Hauptversammlung an Bundesregierung und Kärntner Landesregierung

Statt Massenzuwanderung weltweite Billionenhilfe für Afrika

Das ist die einzige Möglichkeit zur Verhinderung einer Völkerwanderung aus Afrika

Bei der diesjährigen ordentlichen Jahreshauptversammlung des Kärntner Heimatdienstes (KHD) stand am Wochenende eine neuerlich bevorstehende Massenzuwanderung aus Afrika angesichts eines weiter zunehmenden Migrationsdrucks im Mittelpunkt.

Daraus einige Details:

Eine durch Bevölkerungsexplosion und Dürrekatastrophen, verstärkt durch kriegerische Auseinandersetzungen und islamischen Extremismus ausgelöste dramatische Verknappung der Lebensgrundlagen setzen Millionen Menschen, überwiegend aus der afrikanischen Südsaharazone mit 130 Millionen Einwohnern Richtung Europa in Bewegung.

Dringender Appell an Bundesregierung, EU und die Vereinten Nationen einer schon mittelfristig drohenden humanitären und sozialen Katastrophe mit Schließung der EU-Außengrenze für illegale Zuwanderung zu begegnen und parallel dazu eine weltweite gigantische, alle Lebensbereiche umfassende Billionenhilfe mit unverzichtbaren Begleitmaßnahme zu starten.

Wichtigste in der EntschlieÙung geforderte Maßnahmen

1. innerstaatlich:

● Illegale Zuwanderung stoppen ● Prinzip „Asyl auf Zeit“ rigoros umsetzen ● Familiennachzug restriktiv anwenden ● Abschiebung abgelehnter Asylwerber - ganz besonders von Straftätern - weiter forcieren und schließlich ● konsequentes Vorgehen gegen den politischen Islam.

2. mit Druck auf EU bzw. UNO:

● An der Spitze steht der Schutz der EU-Außengrenze mit totaler Schließung der Mittelmeer-Route für illegale Zuwanderer. ● Weiters: Massive Aufrüstung der Grenzschutzagentur FRONTEX mit dem Auftrag, Schlepperschiffe bereits am Ablegen zu hindern bzw. zurück nach Afrika zu geleiten. ● Den NGOs ist das Kreuzen im Mittelmeer bei Strafanandrohung zu untersagen. ● Keine „Anlagezentren“ in Europa errichten. ● „Auffanglager“ in Nordafrika unter Aufsicht der UNO schaffen mit Ziel Rücktransport von Migranten in afrikanische Herkunftsstaaten.-

3. Appell an ein humanitäres Weltgewissen in Asien, Amerika und Australien zur unverzichtbaren humanitären Afrika-Hilfe:

In der EntschlieÙung werden einige der wichtigsten Maßnahmen genannt:

● Verpflichtende Geburtenkontrolle ● Errichtung von Bildungszentren mit dem Schwerpunkt ● Emanzipierung der Frauen ● Aufbau einer Kleinindustrie zur Stärkung der Eigeninitiativen ● Der Export agrarischer Überschussgüter aus EU und USA ist stark zu reduzieren.

Dazu bekräftigen die Delegierten der Hauptversammlung:

● JA zu interkulturellem Dialog, NEIN zu Fremdenfeindlichkeit, Pauschalverurteilung und Generalverdacht. Für den KHD ist Asyl ein humanitäres Gebot, jedoch Bedachtnahme auf Leistungsfähigkeit der Aufnahmeländer. ● Zum Asyl gehört die Pflicht, unsere Gesetze zu akzeptieren sowie unsere Lebensweise zu respektieren. Geschieht dies, wird die autochthone Bevölkerung auf integrierte Asylanten offen zugehen.

Weitere Themen bei der KHD-Hauptversammlung

waren das „100-Jahr-Jubiläum der **Kärntner Volksabstimmung 1920**, die erfolgreiche Arbeit innerhalb der **Kärntner Konsensgruppe** und die **Sorge um die natürliche Entwicklung der deutschen Volksgruppe in Slowenien**.

ANLAGE: EntschlieÙung vollinhaltlich

Entschließung

der Hauptversammlung des Kärntner Heimatdienstes

7. Juli 2018

ergeht an die Bundesregierung und an die Kärntner Landesregierung

I.

Zuwanderung ist das zentrale Thema

Die illegale Migration aus Afrika nach Österreich ist derzeit rückläufig, jedoch stark zunehmender Migrationsdruck aus Afrika

1. Dem besorgniserregenden Migrationsdruck aus Afrika muss gezielt begegnet werden

Die völlig aus dem Ruder gelaufene Bevölkerungsexplosion und die dadurch eingetretene Verknappung der Lebensgrundlagen sowie islamischer Extremismus, setzen Millionen Menschen aus der afrikanischen Südsaharazone mit 130 Millionen Einwohnern und der weltweit größten Geburtenrate Richtung Europa in Bewegung. Diesem immer größer werdenden Migrationsdruck gilt es mit der Schließung der EU-Außengrenze für illegale Migranten standzuhalten. Gleichzeitig muss eine weltweite gigantische, alle Lebensbereiche umfassende Billionenhilfe vor Ort anlaufen.

2. Die Delegierten der KHD-Hauptversammlung begrüßen die Anstrengungen der Bundesregierung zur Eindämmung der illegalen Massenzuwanderung, erwarten jedoch in vielen Bereichen zusätzliche und auch konsequentere Maßnahmen.

2.1 Auf innerstaatlicher Ebene:

- **Illegale Zuwanderung stoppen**, nicht bloß reduzieren, muss ausdrücklich zum Ziel gesetzt werden. Ausgenommen sind Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention 1951. Diese haben Anspruch auf Sicherheit und Versorgung, aber keinen Anspruch auf Zuwanderung nach Europa.
- **Asyl auf Zeit“:** Die Überprüfung hinsichtlich noch aufrechter Asylgründe ist rascher und umfassender vorzunehmen. Die Asylwerber sind schon zu Beginn des Asylverfahrens darauf hinzuweisen, dass nach Wegfall des Asylgrundes kein Bleiberecht mehr besteht.

- **Familiennachzug** ist **restriktiv anzuwenden**. Der Familiennachzug vervielfacht die Zuwanderungszahlen und schließt die Rückkehrwilligkeit aus Europa nahezu aus.
- „Neuen“ Illegalen muss das Recht auf **Mindestsicherung** aberkannt werden, um den Anreiz nach Österreich zu kommen, zu minimieren. Die Mindestsicherung ist auch für anerkannte Asylanten sukzessive zugunsten von Sachleistungen zu reduzieren.
- Die **Abschiebung abgelehnter Asylwerber** und der Abschluss von bilateralen Verträgen mit Herkunftsstaaten muss weiter forciert werden. **Abschiebeeinrichtungen** sind unverzichtbar, um ein Abtauchen als „U-Boote“ – in Österreich jährlich bis zu 7.000(!) - zu verhindern. **Ausweiskontrollen** müssen auch aus Sicherheitsgründen drastisch verstärkt werden. Die **Abschiebung von straffällig gewordenen Migranten** muss konsequenter und rascher erfolgen, um weitere Gewalttaten und somit eine Gefährdung unserer Bevölkerung zu verhindern. Es geht nicht an, dass sich sogar verurteilte Gewalttäter immer wieder einer Abschiebung entziehen können.
- Die Hauptversammlung begrüßt rigoroses Vorgehen staatlicherseits gegen den **politischen Islam** und erwartet u.a. Verbot von Koranverteilung durch Salafisten in unseren Städten.

2.2 Angelegenheiten, die innerhalb der EU bzw. der UNO durchgesetzt werden müssen:

- An der Spitze steht der **Schutz der EU-Außengrenzen**. Außer positiven Absichtserklärungen – auch am Asyl-Gipfel am 30. Juni – wurde trotz akutem Handlungsbedarf nichts Entscheidendes umgesetzt. Das, obwohl nun auch EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani mit vorgeschlagenen 6 Milliarden Euro die **totale Schließung** der Mittelmeer-Route für alle illegalen Migranten fordert.
- Dazu müssen die Kompetenzen der **Grenzschutzagentur FRONTEX** massiv erweitert werden. Und zwar: Schlepperschiffe müssen nach bilateralen Vereinbarungen bereits am Ablegen von Nordafrika aus gehindert werden. Den **NGOs** muss das Kreuzen vor der afrikanischen Mittelmeerküste unter Strafantrohung wegen Schlepperei untersagt werden. Dennoch auf See aufgegriffene Flüchtlingsboote sind in die nordafrikanischen Ablegehäfen zurückzubringen. **Keine „Anlandezentren“ in Europa** angesichts der enormen Probleme bei Abschiebung von abgelehnten Asylwerbern. Anstatt dessen **„Auffanglager“** in Nordafrika unter Aufsicht der UNO-Flüchtlingsagentur UNHCR. **Ziel: Rücktransport** in die afrikanischen Herkunftsstaaten.

2.3 Appell an ein humanitäres Weltgewissen in Asien, Amerika und Australien: Ohne massive Hilfe der Weltgemeinschaft vor Ort wird Europa dem gewaltigen Migrationsdruck nicht standhalten können. Eine ganz besondere Verpflichtung zur Wiedergutmachung haben die ehemaligen Kolonialmächte

Auch der beste Schutz der EU-Außengrenzen und noch so wirksame Zugangsbeschränkungen für Migranten werden auf Dauer die immer gefährlicher anwachsende Völkerwanderung aus Afrika nach Europa nicht verhindern können.

Afrika kann sich allein nicht mehr helfen. Dramatische Verknappung der Lebensgrundlagen „dank“ Dürrekatastrophen, Bevölkerungsexplosion – bis 2050 soll sich die Bevölkerung Afrikas auf 2,5 Milliarden Menschen verdoppeln – und religiösem Extremismus lassen für Hunderte Millionen Menschen keinen anderen Ausweg mehr als die Flucht nach Europa.

Dem kann die EU allein nicht mehr entgegensteuern. Dazu ist die **UNO** als Weltgemeinschaft aller Kontinente **aufgerufen**.

Nachstehende konkrete humanitäre Hilfsmaßnahmen sind unverzichtbar:

- Einer **verpflichtenden**, radikalen und strengstens überwachten **Geburtenkontrolle**, auch unter Einsatz massiver finanzieller Unterstützung, **muss höchste Priorität eingeräumt** werden Zur Begründung: Die überwiegend islamische Bevölkerung in den Staaten der afrikanischen Sahelzone wird sich bei einer Geburtenrate von 5,72 Kinder pro Frau von derzeit rund 130 Millionen bis 2050 auf 350 Millionen fast verdreifachen!
- Parallel zur Geburtenkontrolle sind **Bildungszentren** und die **Emanzipierung der Frauen** mit Nachdruck einzufordern.
- Afrika braucht dringend eine **Agrarrevolution** und den **Aufbau einer Kleinindustrie**, um mit mehr Handel die **Eigeninitiative** zu **stärken**.
- Der **Export von agrarischen Überschussgütern** aus der EU und den USA zerstört die einheimische Landwirtschaft und ist daher stark zu **reduzieren**.
- Das **erfordert** finanzielle **Hilfe der Weltgemeinschaft** (und nicht nur der EU) in **Milliardenhöhe**.

Dazu bekräftigen die Delegierten der Hauptversammlung:

Der **Kärntner Heimatdienst sagt JA zu interkulturellen und interreligiösen Dialogen**, wie zuletzt beim „Tag der Begegnung“ der islamischen Religionsgemeinde Kärnten. Der Kärntner Heimatdienst sagt **NEIN zu Fremdenfeindlichkeit, Pauschalverurteilung und Generalverdacht**. **Für den Kärntner Heimatdienst ist Asyl ein humanitäres Gebot**. Dabei ist jedoch zwingend auf die Leistungsfähigkeiten aufnehmender Staaten Rücksicht zu nehmen. Die Bestimmungen der **Menschenrechtskonvention** sind jederzeit **abänderbar**, weil die Entwicklungen der Jetztzeit seinerzeit, als die Menschenrechtskonvention verfasst wurde, in keiner Weise vorherzusehen waren.

Zum Asyl gehört die Pflicht, unsere Gesetze uneingeschränkt zu akzeptieren sowie unsere Lebensweise, unsere Sitten und Gebräuche und unsere religiösen Symbole **zu**

respektieren. Dazu gehört auch die **strenge Ahndung von Verstößen** bis hin zur Ausweisung. **Geschieht dies**, dann **wird** auch die **autochthone Bevölkerung**, die durch übermäßigen Zuzug nicht in die Minderheitsposition geraten darf, **auf** gut **integrierte Asylanten**, deren Zahl aber jedenfalls bevölkerungsverträglich begrenzt sein muss, **offen zugehen**, um damit zu einem friedlichen Zusammenleben beizutragen.

II.

Aus gegebenem Anlass bekräftigt die Hauptversammlung die Realisierung einiger Grundsätze seines Vereinsprogramms

□ Zum bevorstehenden **100-Jahr-Jubiläum der Kärntner Volksabstimmung** erinnern wir in Dankbarkeit der durch Abwehrkampf erzwungenen Kärntner Volksabstimmung und der damit erhaltenen Kärntner Landeseinheit. Das werden wir am 10. Oktober 2020 auf traditionelle Weise mit Festumzug und einer zentralen Großveranstaltung in der Landeshauptstadt als „Tag der gemeinsamen Heimat Kärnten“ feiern, unter Einbeziehung unserer slowenischen Landsleute und ehemaligen militärischen Gegner im gemeinsamen Gedenken an die Opfer auf beiden Seiten.

□ **Der Kärntner Heimatdienst arbeitet seit nunmehr dreizehn Jahren erfolgreich an einem Klima des gegenseitigen Vertrauens.**

Das erfolgt in Realisierung seines Vereinsprogramms in und außerhalb der bereits mehrmals national und international ausgezeichneten **Kärntner Konsensgruppe**.

Mit dieser Verständigungs- und Versöhnungsarbeit konnten große Fortschritte im gemeinsamen Bemühen um die Auflösung historischer Konfliktfelder erzielt werden.

□ Das alles legitimiert den Kärntner Heimatdienst auch um die natürliche Entwicklung der altösterreichischen **Deutschen Volksgruppe in Slowenien** gemäß Artikel 13 seines Vereinsprogramms sowohl mit maßgeblicher finanzieller Hilfe als auch mit Unterstützung ihrer legitimen Forderungen bemüht zu sein.

In diesem Sinne wiederholt die Hauptversammlung den **Appell an die Republik Slowenien** verfassungsrechtlich u.a. sinngemäß zu erklären:

„Die Republik Slowenien anerkennt die autochthone deutsche Volksgruppe als unverzichtbaren Teil der Kultur und der Geschichte Sloweniens und würdigt deren große Bedeutung als Friedensbrücke.

Angesichts dessen und in Erinnerung an das jahrhundertelange friedliche und fruchtbare Zusammenleben von Slowenen und Deutschen; verpflichtet sich die Republik Slowenien, die natürliche Entwicklung der Volksgruppe als im staatlichen Interesse liegend durch verfassungsrechtliche Anerkennung und mit ausreichender finanzieller Förderung sicherzustellen.“